



tacheles

Zeitung für Emanzipation und Solidarität

Ausgabe 54 · Herbst 2012 · Kostenlos

...der
ganze
Kuchen
für
alle

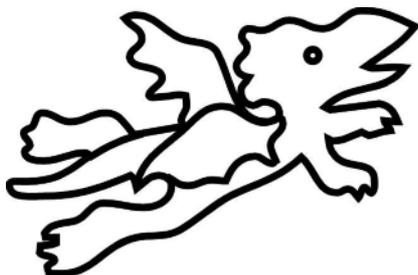


STADTWERKE SOLINGEN IN BÜRGERHAND

UND JETZT WOLLEN WIR DEN GANZEN KUCHEN AUCH BEHALTEN

INHALT

Stadtwerke-Rückkauf — Möglichkeiten nutzen!	3
ÖPNV — Massiver Abbau verhindert?	4
Energie lokal — Bergische Bürgerkraft gegründet	5
Lukrative Partnerschaft? — Rheinenergie und RWE unter der Lupe	6-7
Rettet das Ittertal	8
Proteste gegen Bundeswehr bei Ausbildungsmesse	9
Stimmungsbilder von Solinger Frauen: 20 Jahre nach dem Brandanschlag	10
RBN mit „Der Heinrich“ ausgezeichnet	11
Wir wollen eine Schule ohne Rassismus sein!	12
Kurzmeldungen: V-Leute, Internationales, Armut und Soziales	13-15



Impressum

tacheles – Zeitung für Emanzipation und Solidarität
 Die Zeitung wurde von dem Redaktionskollektiv erstellt. Auflage 3000
 Kontakt & Zuschriften: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
 Email: tacheles-solingen@gmx.de
 www.tacheles-solingen.de
 Druck: Ordensgemeinschaft–Beschäftigungshilfe Düsseldorf, Römerstr. 9, 40476 Düsseldorf, Tel.: 0211 / 44 93 98 70
 Ausgabe 54 - 22. Oktober 2012
 ViSdP und Herausgeber: Frank Knoche
 c/o Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3, 42655 Solingen
 Bankverbindung:
 Bürgerinitiativen-Büro Solingen e. V.
 BLZ 330 605 92 (Sparda-Bank)
 Konto-Nr. 546 4641
 Layout: Heinz Mähner
 Titelbild: Birgit Correns

SIE PREDIGEN ÖFFENTLICH WASSER UND SAUFEN HEIMLICH SCHAMPUS

Ich dachte, Solingen sei arm und stände kurz vor dem Bankrott. Mein Besuch der exklusiven „Solingen Party“ der Wirtschaftsförderung zeigte allerdings ein anderes Bild: Für die so genannte, selbst ernannte Elite dieser Stadt, bestehend aus Wirtschaft, Verbänden, Verwaltung und Politik, herrschen offensichtlich Standards, die vom Überfluss geprägt sind und das Bibelwort, wonach sie öffentlich Wasser predigen und heimlich Wein saufen, bestätigen. Allein das großzügig zur Verfügung gestellte Personal, die völlig überdimensionierte Toilettenanlage (obwohl es im Gründerzentrum nebenan Toiletten gibt) und das mit rotem Teppich ausgestattete Empfangszelt, die Disco im Keller, die Parkeinweiser im schwarzen Anzug, das üppige Animationspersonal, welches kein leeres Glas duldet, hatte schon etwas von Upperclass-Gala. Das insgesamt etwa zweihundert Meter lange Büfett mit Alaska-Lachs, gefülltem Hecht, Fischen aller Art, ganzen Schweinen am Grill, flambierten Scampis, etwa hundert verschiedenen raffiniert zubereiteten Süßspeisen, Rumpsteaks, exotischen Gemüsen, Salaten, Sekt, Wein, Bier, Cognac bis zum Abwinken, Käse, Schinken und und und, hatte etwas vom speziellen Düsseldorfer Großkotz-Image an sich. Ich selbst habe sieben Bier (immerhin Radeberger), zwei Gläser vom sehr guten, trockenen spanischen Weißwein, etwas vom gefüllten Hecht, gegrillte Auberginenscheiben und ein kleines Stück vom Schwein am Spieß konsumiert. Mehr passte nicht rein. Knapp 70 Euro kostete die Eintrittskarte, welche Verwaltung und Politik kostenlos zur Verfügung gestellt, also gesponsert wurde. Etwa 350 Leute waren anwesend, wovon schätzungsweise hundert keinen Eintritt bezahlen mussten. Eine solche Party kann nicht aus den Eintrittspreisen von etwa 17 500 Euro finanziert werden. Abgesehen davon, was man Sinnvolleres mit dieser Summe hätte finanzieren können, stellen sich da einige Fragen nach der Sinnhaftigkeit und Nützlichkeit solcher Veranstaltungen. Wenn es nur unter solchen Luxus-Bedingungen zu einem fruchtbaren Austausch von Politik, Verwaltung und Unternehmen kommen kann, dann stimmt etwas nicht im Kopf der Veranstalter und im politischen System. Ich kenne Unternehmer, die brauchen solche luxuriösen Rahmenbedingungen nicht, um mit EntscheidungsträgerInnen aus Politik und Verwaltung zu kommunizieren. Überhaupt hatte ich bei der ganzen Veranstaltung eher den Eindruck, dass so etwas gewollt ist, weil sich die Elite aus Verwaltung und der damit verbundenen Politik mal „Dicke tun“ wollen. Das nächste Mal werde ich wieder hingehen, aber meine arbeitslosen und finanzschwachen Freunde mitbringen, auch deshalb, damit nicht wieder die Hälfte vom fürstlich guten Essen weggeschmissen werden muss.

Frank Knoche

tacheles-Jahresabo

Ein Jahr für 13 € frei Haus

Unterstützungs-Abo 20 € frei Haus

Bankverbindung
 Bürgerinitiativenbüro e.V.
 BLZ 330 605 92
 (Sparda Bank)
 Konto-Nr. 546 4641
 Stichwort „tacheles-Abo“



SWS NEUE ENTWICKLUNGSMÖGLICHKEITEN NUTZEN!

Seit dem 1. Oktober sind die Stadtwerke Solingen wieder vollkommen eigenständig und damit auch endlich wieder frei in Entscheidungen und flexibel im Handeln. Sämtliche Gewinne kommen nun wieder der Stadt Solingen zugute, während in den vergangenen Jahren knapp die Hälfte der Einnahmen nach Mannheim flossen.

Der Rückkauf der 49,9 % SWS-Anteile von der MVV Energie AG ist vom Rat besiegelt: 40 gegen 33 Stimmen brachten die Entscheidung. Die Ratsmehrheit (SPD, BfS, Grüne, DSW), OB Feith und Solingen Aktiv stimmten in der Ratssitzung am 27. September für den Rückkauf.

Die Opposition

Den Rückkauf der Anteile konnten CDU, FDP und FBU also trotz intensiver Bemühungen und bei heftiger Kritik am Rückkaufpreis (FBU im Rat: „Der Rückkaufpreis ist zu hoch — wir stimmen dem Rückkauf nicht zu“) nicht verhindern.

Auch der Versuch der CDU scheiterte, die sofortige Suche nach einem neuen strategischen Partner im Ratsbeschluss zum Rückkauf festzulegen. Die Ratsmehrheit lehnte diese Festlegung mehrheitlich ab, obwohl bekannt ist, dass auch Teile der SPD einen neuen strategischen Partner wünschen. Trotz der jetzt bestehenden, erfreulichen Entwicklungsmöglichkeiten der SWS durch den Ratsbeschluss muss beachtet werden, dass die Befürworter einer strategischen Partnerschaft nicht aufgeben werden — sie sehen das Heil noch immer in einem strategischen Partner, der ihnen das Denken, die Verantwortung und uns allen viel Geld abnimmt.

Folgen von Privatisierung

Der Bundesrechnungshof wie auch verschiedene Landesrechnungshöfe sind nach Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass Daseinsvorsorge in privater Hand keine Vorteile für die Kommunen bringt. Im Gegenteil — viele Städte zahlen dafür einen überhöhten Preis bei mangelhafter Leistung. Trotzdem existiert dieses neoliberale Gedankengut immer noch in einigen Köpfen, dass Private es besser machen, obwohl vereinzelt dann doch auch in der Solinger CDU zugegeben wird, dass die Partnerschaft nicht das gehalten hat, was man sich einst von ihr versprochen hatte: kein „strategischer Brückenkopf“ für NRW sind die SWS geworden. Stattdessen wurde eine erhebliche Zahl von Arbeitsplätzen abgeschafft und die Preise für Strom und Gas wurden regelmäßig erhöht. Auch der Wasserpreis in Solingen hält sich im Vergleich zu anderen Städten auf hohem Niveau.

Entscheidungen wurden bisher stets von der MVV gelenkt — zuletzt sollten wichtige Geschäftsbereiche (IT, Metering, Billing, Service und Netzgesellschaft) zur MVV ausgelagert werden. Für diese Leistungen hätten die SWS in Zukunft an MVV zahlen müssen, bei gleichzeitigem Verlust der Einflussnahme in diesen Bereichen.

Der Unternehmenswert der „Stadtwerke Solingen“ wäre dadurch massiv gesunken.

In dezentrale und nachhaltige Energieerzeugung wurde während der „strategischen Partnerschaft“ kaum investiert, weil die damit zu erzielende Rendite für MVV nicht hoch genug war.

Eine neue, zukunftsweisende Entwicklung der Stadtwerke wäre spätestens nach Fukushima notwendig gewesen, wurde von MVV aber stets behindert.

Gleichzeitig sanken die Einnahmen durch die Anlage von 120 Mio. Euro aus dem Verkaufserlös von 2001 auf nahezu Null.

Mit dieser Situation war niemand zufrieden, auch wenn der CDU-Fraktionsvorsitzende Bernd Krebs das anders darstellt: „... eine Erfolgsgeschichte, die ich jederzeit wiederholen würde.“ Und Jan Welzel (CDU) wünscht sich trotz allem schon für das I. Quartal 2013 einen neuen „strategischen Partner“. Dabei sollte man doch annehmen, dass aus Fehlern gelernt wird.

Der städtische Haushalt

Parteiübergreifend ist man sich im Rat wie in der Verwaltung sehr wohl bewusst, dass der städtische Haushaltsicherungsplan (HSP) nur durch den Rückkauf der SWS-Anteile zustande kommt, weil ab sofort alle SWS-Einnahmen in Solingen bleiben. Der HSP für die nächsten 2 Jahre ist dadurch überhaupt erst möglich geworden.

Die finanzielle Schieflage der BSG

Die finanzielle Schieflage der Beteiligungsgesellschaft Solingen war schon seit vielen Jahren absehbar. Zu viele Verlustbereiche (Solinger Bädergesellschaft, Musikschule, Wirtschaftsförderung, Sanierungsgesellschaft Südliche Innenstadt, Kunstmuseum, Gründerzentrum, Galvanoinstitut) sollten durch die Einnahmen der SWS und EBS (Entsorgungsbetriebe) gedeckt werden. Die SWS konnten mit ihrem bisher nur halben Gewinnanteil gerade mal den ÖPNV abdecken.

Die Schieflage der BSG hat deshalb überhaupt nichts mit dem Rückkauf der SWS-Anteile zu tun — schlechtes Management ist dafür verantwortlich.

Der ÖPNV

Die im Ratsbeschluss zur Prüfung vorgesehene Auslagerung des öffentlichen Personen-nahverkehrs aus der SWS GmbH dient mit Sicherheit nicht nur der Transparenz der Einnahmen- und Ausgabenrechnung der BSG — vielmehr besteht hier der Verdacht, dass die betriebliche Mitbestimmung innerhalb der SWS ausgehebelt werden soll: bei weniger als 500 Beschäftigten (ohne ÖPNV) wäre das Mitspracherecht des Betriebsrates im Aufsichtsrat ausgehebelt.

Soll in diesem Zusammenhang der Gesellschaftsvertrag geändert werden, um schon im Vorfeld einem neuen Investor Tür und Tor zu öffnen?

Paradox

Paradox ist es, dass die SWS-Anteile nach dem Willen von CDU, FDP und FBU und auch Teilen der SPD schnell wieder weitergereicht werden sollen.

Es wird mit Sicherheit nicht lange dauern, bis es zu einem Ratsbeschluss in dieser Frage kommt.

Die Zukunft der SWS

Die Energiewende bringt viele Veränderungen, aber auch neue Chancen. Und jetzt sind endlich neue Entwicklungen bei der Gestaltung der Zukunft der SWS möglich.

Diese sollten gründlich, unter Einbeziehung der interessierten BürgerInnen, überlegt werden.

Diese Chance muss unbedingt genutzt werden, denn es steht viel auf dem Spiel: die qualitativ hochwertige Energie- und Wasserversorgung zu angemessenen Preisen bei gleichzeitiger Förderung der kommunalen Wirtschaft!

Die Stadtwerke Solingen gehören in Bürgerhand — eine große Herausforderung, die viele Vorteile bringen kann!

Birgit Correns
„Solingen gehört uns!“

**Die Stadtwerke sind wieder in
Bürgerhand!**

Rückkauf-Party

**Am Freitag, 23. November ab 19:30 Uhr
im Atelier 'Pest-Projekt' in den
Güterhallen, Alexander-Coppel-Str. 28,
Südpark**

RATSMehrheit VERHINDERT ERNEUT MASSIVEN ABBAU BEIM SOLINGER BUSVERKEHR

Zurzeit wird der neue Nahverkehrsplan, der das Solinger Busangebot für dieses Jahrzehnt festlegt, erstellt.

Daran arbeiten seit zwei Jahren neben einem von der Stadt beauftragten Gutachter und der Verwaltung auch der im März 2010 vom Stadtentwicklungsausschuss (ASUKM) erstmals eingerichtete ÖPNV-Fahrgastbeirat. Diesem gehören u.a. VertreterInnen der Abo-KundInnen, des Senioren- und Behindertenbeirates sowie von Vereinen und Verbänden an. Im Juli 2010 beschloss der Rat mit den Stimmen der Gestaltungsmehrheit aus den Fraktionen SPD,

Auf dieser Grundlage haben seit Juli 2010 sowohl der Fahrgastbeirat als auch der Gutachter gearbeitet, und es wurde ein Plan erstellt, der in den Abend- und Morgenstunden eine verbesserte Bedienung vorsieht, u.a., um SchichtarbeiterInnen und TeilnehmerInnen von Abendveranstaltungen zu ermöglichen, den Bus zu nutzen. Weitere Vorschläge haben die Anbindung bisher nicht erschlossener Wohn- und Gewerbegebiete zum Ziel. Hierfür will der Fahrgastbeirat Kleinbus-Linien einführen: U.a. sollen Fürkelrath, das Dycker Feld, Wohngebiete am Lochbachtal und das Ohligser Unterland

den Kopf gestellt werden. Die Verwaltungsspitze sowie die CDU schlugen vor, das Angebot (also die Buskilometerleistungen) radikal zu kürzen. Dazu wurde gefordert, im Wirtschaftsplan der SWS 400.000 EUR beim Busverkehr einzusparen. Das hätte bedeutet, dass das Solinger Busangebot um ca. 200.000 Kilometer/Jahr gekürzt worden wäre. Damit ließe sich kein Nahverkehrsplan mehr erstellen, der durch Umschichtung besser an die Wünsche der Nutzer angepasst ist und so zu einer Neukundengewinnung führt. Der zweijährigen Arbeit im Fahrgastbeirat sowie der stattgefundenen Beteiligung der BürgerInnen wäre so der Boden entzogen worden, im Endeffekt würde der nächste Busfahrplan deutliche Verschlechterungen enthalten. Daraufhin gab es schnell Proteste: Die Arbeitsgruppe Mobilität der Solinger Klima-Allianz, die Arbeitsgruppen Marketing und Liniennetz des Fahrgastbeirates, das Frauenforum, der Jugendstadtrat und der Verkehrsverband VCD wandten sich eindringlich an die EntscheidungsträgerInnen. Mit Erfolg: Ende September lehnten die Fraktionen der Gestaltungsmehrheit diese Kürzungen gegen CDU und FDP ab.

Aber die CDU gibt keine Ruhe, so forderte ihr Fraktionsvorsitzender Bernd Krebs auch nach dieser Entscheidung erneut einen einschneidenden Abbau beim Busverkehr. Der Fahrgastbeirat sprach sich daraufhin einstimmig gegen einen

Abbau von Fahrleistungen beim Solinger Busverkehr aus. Obwohl die Ablehnung der Kürzungen im Wirtschaftsplan der SWS eine wichtige Vorentscheidung für die Zukunft des Busverkehrs in Solingen darstellt, ist das Thema noch nicht ganz vom Tisch. Ob die derzeit bestehende Buskilometerleistung im neuen Nahverkehrsplan tatsächlich erhalten wird, oder ob dort doch noch Streichungen festgeschrieben werden, wird in Kürze im ASUKM und im Rat entschieden.

Diese Entscheidung hat natürlich große Auswirkungen auf die soziale Situation, auf den Klimaschutz und auf die Glaubwürdigkeit von Bürgerbeteiligung in Solingen.

Dietmar Gaida



B 90/Die Grünen-offene Liste, BFS und Die Linke (inzwischen DSW) ein umfangreiches Haushaltssicherungskonzept. Damit wurde auch entschieden, dass die Planungen der Verwaltungsspitze für massive Kürzungen beim Busverkehr um 750.000 EUR/Jahr vom Tisch waren. Seit Juli 2010 wurde im Fahrgastbeirat und im ASUKM seitens Verwaltung und Politik stets festgehalten: Der neue Nahverkehrsplan soll so entwickelt werden, dass mit der derzeitigen Bus-Kilometerleistung ein besser an die Wünsche der KundInnen angepasster Fahrplan aufgestellt wird. Dadurch sollen neue KundInnen gewonnen werden, diese sollen eine Ergebnisverbesserung um 200.000 EUR/Jahr bringen.

besser angebunden werden. Der Gutachter sieht stattdessen eine neue Buslinie Wald — Gräfrath sowie eventuell den Einsatz von Anruflinientaxis vor. Die Vorschläge für Fahrplanverbesserungen vom Fahrgastbeirat bzw. vom Gutachter sollen finanziert werden durch moderate Taktausdünnungen zu anderen Tageszeiten. Dabei wird darauf geachtet, dass der neue Nahverkehrsplan den Wünschen der BürgerInnen entspricht. Diese waren auf Drängen des Fahrgastbeirates in einer telefonischen Befragung sowie in fünf Bürgerversammlungen beteiligt worden.

CDU macht weiter Druck für Kürzungen

Ende August 2012 wurde erneut öffentlicher Druck aus Politik und Verwaltung entfacht, die Grundlage der Arbeit sollte komplett auf



WIR MACHEN MOBIL erneuerbar! - im Bergischen Land!

Am 29.03.2012 erfolgte nach ziemlich exakt einem Jahr Vorlauf die Gründungsversammlung der Bergischen Bürgerkraft Energiegenossenschaft e.G. (bbke).

Am selben Tag beschloss der Bundestag die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die — leicht abgemildert durch den Vermittlungsausschuss — inzwischen auch den Bundesrat passierte und Gültigkeit erlangte. Über das daran anschließende traurige Schicksal, nämlich die Insolvenzen zahlreicher innovativer Firmen der deutschen Solarindustrie, berichtete die Presse. Auch bereits aktive Bürgerenergiegesellschaften traf dies. Bis dahin z.B. von der benachbarten Ennepe-Ruhr-Kreis-Bürgerenergiegenossenschaft BEG58 praktizierte Nachhaltigkeits-Grundsätze, bevorzugt deutsche Module zu verbauen sowie auf möglichst kurze Transportwege, wenig Verpackungsmüll und faire Herstellungsprozesse etc. zu achten, ließen sich so nicht mehr aufrechterhalten.

Auch die bbke diskutierte die für die Gründung deutlich erschwerten Rahmenbedingungen, entschloss sich aber rasch, ihr Projekt fortzusetzen. Wie die anderen Bürgerenergiegenossenschaften nehmen wir die deutlich erschwerten Rahmenbedingungen als „Herausforderung“ an, die wir gemeinsam meistern werden! Allein der positive Nutzen für uns alle und unsere Zukunft rechtfertigt dies! Unabhängigkeit von fossilen Energieimporten, bezahlbare und kalkulierbare Energiepreise, schonender Ressourcenverbrauch, weniger klimaschädliche Umweltbelastungen etc....

Überzeugend ist: JEDE(R) kann HIER und JETZT mitmachen und Zukunft AKTIV mitgestalten! Inzwischen haben wir spannende Projekte in Arbeit und weitere zukunftsfähige Ideen in Planung!

Nach erfolgreicher Gründungsprüfung gemäß § 11 Abs. 2 Nr. 3 GenG durch den Rheinisch-Westfälischen Genossenschaftsverband e.V., Münster (RWGV) wurde die Genossenschaft am 24.09.2012 „endlich“ in das Genossenschaftsregister eingetragen. Das i.G. (in Gründung) fällt weg und die Genossenschaft ist juristisch uneingeschränkt handlungsfähig. Die bbke wurde Mitglied in den



Foto von der Gründungsversammlung: bbke-Kerngruppe von links: Klaus von der Gathen, Klaus Lüdemann, Beate Petersen, Raimond Klitsch, Lutz Weidner, Jonas Friege, Reiner Ifang, Rolf Kinder, Peter Werg (Fotograf: Manfred Bube)

Genossenschaftsverbänden RWGV und ZdK (Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften). Beide standen der bbke-Vorgesellschaft in der Findungs-/Vorgründungsphase zur Seite.

Eine Genossenschaft lebt vom Engagement EINZELNER und der Zusammenarbeit VIELER. Daher nehmen Vorstand und Aufsichtsrat der bbke die Registereintragung zum Anlass, im Rahmen einer Informationsveranstaltung Mitgliedern, interessierten Bürgern und Medien Arbeit, Funktionsweise und weitere Ziele unserer Energiegenossenschaft vorzustellen und erste Projekte zu präsentieren.

Dort wird auch Herr Heynkes, Mitinitiator des Projektes W-EMOBIL 100 und Eigentümer der VillaMedia unser — in Planung befindliches — Kooperationskonzept vorstellen.

Neben bbke und W-EMOBIL 100 wirken daran Forscher der Bergischen Uni Wuppertal und des Fraunhofer Instituts aktiv mit.

Die bbke lädt alle Interessierten herzlich zur ersten bbke-Infoveranstaltung in die VillaMedia, Viehhofstr. 125 in 42117 Wuppertal ein. Es lohnt sich ganz sicher, diesen bbke-Termin bereits heute vorzumerken:

**Dienstag, den 13. November 2012
um 18:30 Uhr in der VillaMedia!**

Zur Organisation der Veranstaltung bitten wir um Anmeldung unter der u.a. bbke-eMail-Adresse bis zum 31. Oktober. Wir freuen uns schon jetzt auf rege Teilnahme, inspirierenden Austausch und bestenfalls auch tatkräftige Unterstützung durch aktive Mitwirkung und/oder bbke-Mitgliedschaft.

*Beate Petersen
Sprecherin bbke-Aufsichtsrat
für die Bergische Bürgerkraft
Energiegenossenschaft*

*Kontakt/Rückmeldung
bitte unter info@bbke.de*



Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen
Tel: 0212 27 36 35

UWE ALVERMANN
BURGSTRASSE 112
42655 SOLINGEN
TELEFON (02 12) 31 06 61
TELEFAX (02 12) 31 15 59
MOBIL 0172-655 68 22
U.ALVERMANN@ARCOR.DE

RHEINENERGIE AG - INFO

Die RheinEnergie AG hat bereits Interesse an einer neuen strategischen Beteiligung an den Stadtwerken Solingen signalisiert. Auch haben schon einige Solinger Kommunalpolitiker Sympathie für eine strategische Partnerschaft mit RheinEnergie bekundet.

Grund genug, sich RheinEnergie einmal näher anzuschauen.

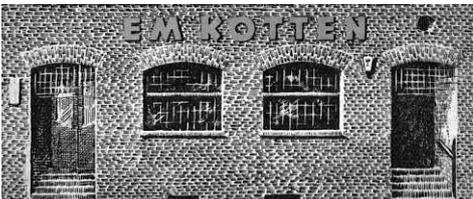
Einblick in die RheinEnergie AG

Durch seine Beteiligung an der MVV Energie AG mit 16,3 % sah sich RheinEnergie bereits in der Vergangenheit offiziell als Partner der SWS.

Die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Köln AG (GEW) wurde vor über 130 Jahren gegründet. Die GEW war als eines der größten deutschen kommunalen Energie- und Wasserversorgungsunternehmen bis 2002 zu 100 % im Besitz der Stadt Köln. Um aber für den Wettbewerb und veränderten Rahmenbedingungen gerüstet zu sein, wurde im Jahre 2002 die RheinEnergie AG als neues Unternehmen für die gesamte rheinische Region gegründet.

Die GEW Köln AG übertrug in diesem Rahmen Anlagen, Personal und operatives Geschäft vollständig auf die RheinEnergie AG und wandelte sich zu einer reinen Holding-Gesellschaft der RheinEnergie. RheinEnergie ist eine Aktiengesellschaft.

80 % der Anteile hält die Stadt Köln über die GEW Köln AG und 20 % die RWE-Gruppe. Die RWE-Anteile liegen unterhalb der Sperrminorität. Trotzdem liegt RheinEnergie mit seinem Partner RWE des öfteren über Kreuz.



EM KOTTEN

Neumarkt 9
42651 Solingen
Tel.: 0212-15582
weitere Infos unter
www.em-kotten.de

RWE

Seit den 1950er Jahren war RWE maßgeblich an der staatlich geförderten Entwicklung der Kernenergie in Deutschland beteiligt.

Beteiligungen an Kernkraftwerken:

- Kernkraftwerk Biblis (mit dem Atom-Moratorium stillgelegt)
- Kernkraftwerk Emsland
- Kernkraftwerk Gundremmingen (75 % Beteiligung)
- Kernkraftwerk Lingen (im Rückbau)
- Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich (im Rückbau)
- Kernkraftwerk Borssele, Niederlande (30 % Beteiligung)

Kohlekraft

RWE setzt im großen Stil immer noch auf Kohlekraftwerke. Doch selbst die neuesten haben nur einen Wirkungsgrad von 43 %, ältere sogar nur 30 %.

Kohlekraftwerke stehen für die klimaschädlichste fossile Energieerzeugung:

Für diese Energieerzeugung mussten Dörfer weichen, wurden Menschen umgesiedelt und Landschaften zerstört. Im Hambacher Forst laufen momentan Protestaktionen gegen eine weitere bevorstehende Abholzung des Waldes.

RWE ist der größte CO₂-Emittent in Europa. Allein das Braunkohlekraftwerk Niederaußen in Köln stößt jährlich 27 Millionen Tonnen CO₂ aus. RWE plant, in Niederaußen ein weiteres Kraftwerk zu bauen, was die Braunkohle als Energieträger bis in die Mitte des Jahrhunderts zementieren würde.

Braunkohlekraftwerke:

- Kraftwerk Frimmersdorf
 - Kraftwerk Goldenberg
 - Kraftwerk Neurath
- Neubau von Blöcken 2 + 3 mit optimierter Anlagentechnik (BoA), zusammen mit 2.100 MW Nettoleistung im Probebetrieb, Fertigstellung 2012
- Kraftwerk Niederaußen mit BoA 1
 - Kraftwerk Weisweiler
 - Kraftwerk Mátra, Ungarn (51 % Beteiligung)

Tagebaue:

- Tieftagebau Hambach
- Tagebau Garzweiler
- Tagebau Inden

Steinkohlekraftwerke:

- Kraftwerk Westfalen Hamm-Schmehausen mit Block D und E (zusammen 1.530 MW Nettoleistung, im Bau, Fertigstellung 2013)
- Kraftwerk Ibbenbüren
- Kraftwerk Gersteinwerk Werne-Stockum
- Kraftwerk Eemshaven, Niederlande (1.560 MW Nettoleistung, im Bau seit 2009,

Fertigstellung ursprünglich für 2013 vorgesehen, allerdings nach Entzug der Baugenehmigung aufgrund von Umweltschutzgründen derzeit ungewiss)

RWE-Beteiligung an Berliner

Wasserbetrieben:

Seit sich RWE und Veolia 1999 mit 49,9 % in die Berliner Wasserbetriebe eingekauft haben, sind die Preise für Trinkwasser in Berlin mehr als 30 % gestiegen.

Nach einem erfolgreichen Volksbegehren im Jahr 2011 wurden die geheimen Verträge zwischen den BWB und RWE / Veolia offengelegt.

Der Grund für die massiven Preiserhöhungen wurde nun sichtbar: in den Verträgen befindet sich eine verfassungswidrige Gewinngarantie zugunsten der beiden Konzerne. Wird der erwartete Gewinn nicht erzielt, muss das Land Berlin die Differenz zuschießen.

Das Bundeskartellamt verlangt jetzt eine Absenkung des Wasserpreises. Gleichzeitig könnten die Verträge von 1999 juristisch für nichtig erklärt werden, was zu einer Rückabwicklung der Verträge führen würde.

Grund genug für RWE sich für eine ansehnliche Summe aus den BWB zurückziehen.

Was bietet RheinEnergie?

Unterschiedliche Modelle der Beteiligung

Für die Solinger Freunde eines neuen strategischen Partners könnte z. B. folgendes Modell argumentativ interessant sein:

Eigenständige (?) Stadtwerke bei

Dienstleistungsbezug:

- Betriebsführung Netz
- Regulierungsmanagement
- kaufmännische Dienstleistungen (Buchhaltung, Netzaufrechnung)
- Dienstleistungen und Vertrieb (Kundenabrechnung, Aufbau, Vertrieb etc.)

Alles Augenwischerei - hier wird etwas unter falschem Namen verkauft!

Eine bequeme Lösung, die in der Realität aber nur Geld und die gerade erst erreichte Eigenständigkeit kosten würde. Arbeitsplätze und Aufträge für die kommunale Wirtschaft würden damit aber verloren gehen.

Netze und Dienstleistungen wollte schon die MVV an sich reißen. Die räumliche Nähe zwischen RheinEnergie (Köln) und SWS (Solingen) steigert die Gefahr des schleichenden Verlustes von gewinnträchtigen Sparten wie der Dienstleistungen und der Netze an den größeren Partner (RheinEnergie) sogar noch.



Erneuerbare Energieerzeugung bei

RheinEnergie

Öko-Strom:

RheinEnergie bezieht seinen Öko-Strom (grüner Strom) zu 100 % aus Wasserkraftwerken in Norwegen.

Windenergie:

RheinEnergie ist an Windparks in Deutschland, beteiligt.

Biogasanlagen:

RheinEnergie betreibt eine Biogasanlage mit nachwachsenden Rohstoffen wie Mais und anderen Nahrungsmitteln. Das ist ökologisch, ethisch und ökonomisch unverantwortlich.

Dezentrale und nachhaltige

Energieerzeugung:

Dezentrale und nachhaltige Energieerzeugung

spielt bei RheinEnergie eine geringe Rolle: es gibt nur einige Solaranlagen und Blockheizkraftwerke.

Zusammenfassend gibt es nur einen Schluss: Eine strategische Partnerschaft mit RheinEnergie ist gleichzeitig auch eine strategische Partnerschaft mit RWE.

Aus ökologischen wie auch aus ökonomischen Gründen darf RheinEnergie unter keinen Umständen strategischer Partner der SWS werden — auch nicht bei Beteiligung unterhalb der Sperrminorität von 25 %.

In einem neuen geheimen Konsortialvertrag könnten Abmachungen festgelegt werden, die unsere sämtlichen negativen Befürchtungen noch übertreffen.

Das wäre das Ende von allen Plänen zu den gerade erst erkämpften Entwicklungsmöglichkeiten der SWS.

Nur die intelligente Planung und Umsetzung neuer Entwicklungsmöglichkeiten bei bleibender Eigenständigkeit der Stadtwerke kann dauerhaft zu einer Stärkung der Wirtschaft und Sicherung von Arbeitsplätzen in Solingen führen.

Und nur so kann eine qualitativ hochwertige Versorgung mit Energie und Wasser zu angemessenen Preisen gesichert werden.

Birgit Correns

„Solingen gehört uns!“



Sengbachtalsperre in Burg im Besitz der Stadtwerke Solingen

Foto: Birgit Correns

„Solingen gehört uns!“

Unsere überparteiliche Bürgerinitiative „Solingen gehört uns!“ setzt sich für den Erhalt und die Sicherung öffentlicher Daseinsvorsorge ein. Dazu gehören aktuell die Rekommunalisierung der Stadtwerke Solingen sowie Verbesserungen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Wir treffen uns jeden ersten Montag im Monat um 19.00 Uhr im Café Courage, Klemens-Horn-Str. 3.

Interessierte sind bei uns herzlich willkommen!

Mehr Infos: www.solingen-gehört-uns.org



EINE UNSERER WICHTIGSTEN GRÜNEN LUNGEN IN SOLINGEN IST IN GEFAHR!

Die Stadt Solingen hat für die neue Regionalplanung etliche Flächen für die Ausweisung als Gewerbeflächen angemeldet. Diese liegen zum großen Teil im Bereich des Ittertals, darunter Keusenhof, Buschfeld, Fürkeltrath II und Piepersberg-West. Dagegen wehren sich die Anwohner aus guten Gründen:

- Das Ittertal bietet Lebensraum für eine hochwertige Tier- sowie Pflanzenwelt und würde auch als beliebtes Naherholungsgebiet im Freiraumverbund zwischen der Hildener Heide und dem Tal der Wupper stark beeinträchtigt. Zudem würden für die Entwässerung in Teilbereichen neue große Wasser-Rückhaltebecken notwendig, die die

vorhandene Tier- und Pflanzenwelt zerstören.

- Ein Gutachten im Auftrag der Stadt hat die Bedeutung des Ittertals für das Stadtklima, insbesondere in Ohligs, Wald und Gräfrath, (u. a. Frischluftzufuhr) hervorgehoben.

- Die Anwohner, auch auf Haaner Gebiet, würden durch zusätzlichen Lärm und zusätzliche Abgase von den Gewerbegebieten und neuem Schwerlastverkehr stark belastet. Es drohen Wasser- und Lichtverschmutzung.

- Es ginge eine ausgezeichnete landwirtschaftliche Nutzfläche verloren.

- Die beantragten Flächen sind topografisch für Gewerbegebiete nicht geeignet, da riesige Erdbewegungen und Umbauten mit immensen Kosten notwendig wären.

Solingen hat sich dem Klimaschutz verpflichtet. Dazu gehört auch die Reduzierung des erheblichen Flächenverbrauches in unserer Stadt, zumal noch etwa 30 ha nicht genutzter Gewerbeflächen als Brachflächen und bereits erschlossene Gebiete vorhanden sind. Wir müssen verantwortlicher mit den begrenzten wertvollen Naturräumen umgehen.

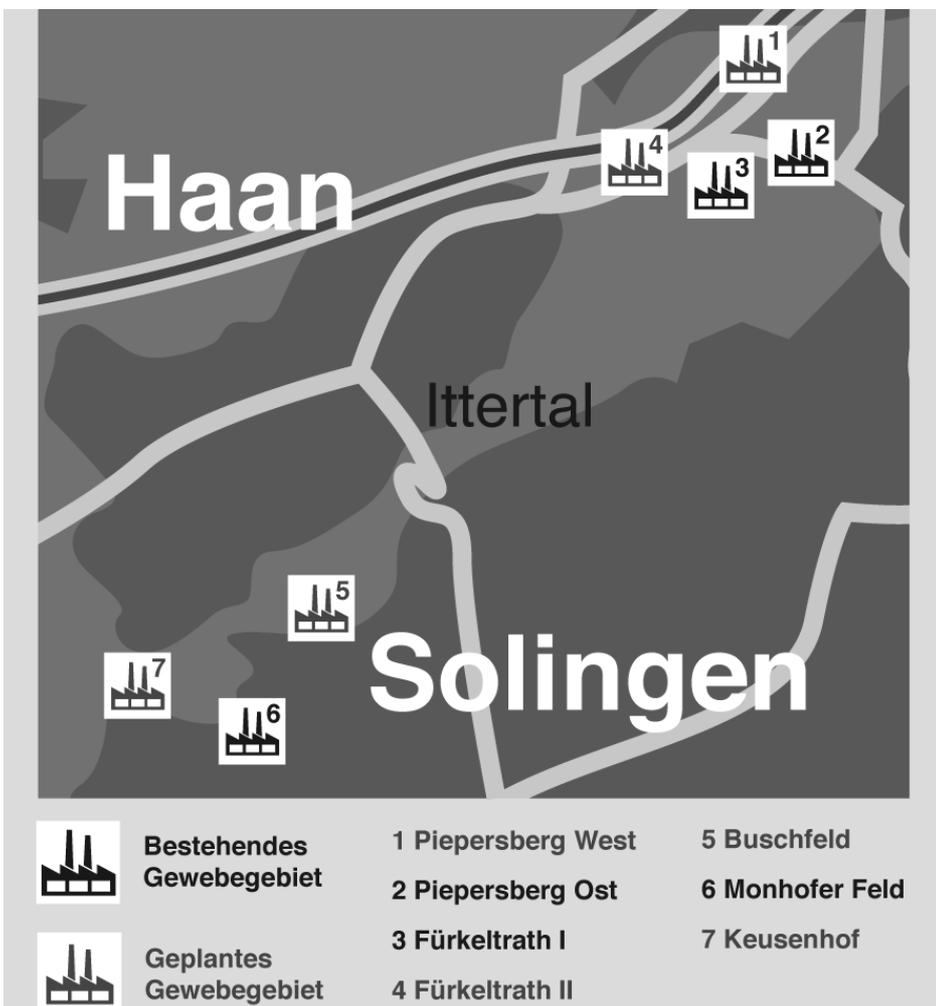
Unterstützen Sie deshalb die Initiative „Rettet das Ittertall“.

Kontakt:

Bürgerinitiative „Rettet das Ittertall“
www.rettetdasittertal.de

Frauke Eißel, Baverter Str. 60, 42719 Solingen, Tel.: 0212-44551, frauke.eissel@gmail.com
Ingo Hill, Baverter Str. 60, 42719 Solingen, Tel.: 0212-332831, ibhill@t-online.de

Spendenkonto: Sparda Bank Solingen, BLZ 330 605 92, Konto 5685451, Inhaber Gerhard Wohlgemuth, Verwendungszweck Bürgerinitiative Rettet das Ittertall





EINE AUSBILDUNG BEI DEN STREITKRÄFTEN DER BUNDESWEHR MIT SICHERHEIT EIN GUTER WEG?

Bei der Ausbildungsmesse am 2.10. 2012 im Solinger Theater und Konzert-haus, bei der die Bundeswehr für Dienstverpflichtungen werben durfte, verteilten Aktivisten des Solinger Appells 500 Exemplare des folgenden Flugblattes:

Du bist heute gekommen, um Dich über Ausbildungs- oder Studienmöglichkeiten zu informieren und natürlich suchst Du nach einem Arbeitgeber, der Dir einen sicheren Arbeitsplatz und Aufstiegschancen bietet. Das ist aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation mehr als verständlich. Aber bei den Streitkräften der Bundeswehr erwartet Dich keine normale Berufsausbildung. Der Preis für einen „sicheren“ Arbeitsplatz und Aufstiegschancen ist hoch.

Warum?

Obwohl damit geködert wird, es könnte einer der Ausbildungsberufe erlernt werden oder ein Studium an der Bundeswehruniversität sei möglich, ist dieses „großzügige“ Angebot nicht ohne Gegenleistung: Du verpflichtest Dich für mindestens 8 Jahre (Studierende 13 Jahre) und zu einem einjährigen Auslandseinsatz. Du kannst nicht einfach kündigen und wieder gehen, dann musst Du damit rechnen, die Kosten für Deine Ausbildung zurückzahlen zu müssen. Du hast Befehlen zu gehorchen, auch wenn sie Deinem Gewissen und Deinen Gefühlen völlig widersprechen. Gefragt ist Unterordnung und Gehorsam bis in den Tod und die Bereitschaft, andere zu töten, was auch die Zivilbevölkerung (Alte, Kranke, Frauen und Kinder) einschließt.

An hoch technisierten Waffensystemen ausgebildet zu werden und die Verpflichtung zu einem einjährigen Auslandseinsatz mag sich verlockend nach Abenteuer anhören, nach fremden Kulturen und fernen Ländern, nach Kameradschaft und Zusammenhalt: „Alle für einen und einer für alle“.

Was steckt wirklich dahinter?

Die Werber der Bundeswehr bezeichnen diese Einsätze als „friedenserhaltend, friedensschaffend, humanitär, ...“, der Sicherheit und den Menschenrechten dienend. Aber Du bist dort kein Entwicklungshelfer. Du gehörst dann einer kriegsführenden Macht an, die zur Steigerung von Hass und Gewalt und zu noch mehr Zulauf zu terroristischen Gruppen beiträgt. Tatsächlich ist die militärische Besetzung in einem Kriegsgebiet wie in Afghanistan oder ein Militäreinsatz zur Rohstoff- und Gewinnsicherung im Interesse weltweit tätiger Konzerne. Der Bevölkerung der betroffenen Länder wird so nicht geholfen. Das Eingreifen mit Militär führt zu einer Spirale der Gewalt. Einer Gewalt, die

sich auch gegen Dich richten kann: 99 deutsche Soldaten sind seit 1993 bis heute bei Auslandseinsätzen ums Leben gekommen. Immer mehr Soldaten kehren traumatisiert von solchen Einsätzen zurück, sie können das Erlebte psychisch nicht mehr verkraften. Sie leiden unter Alpträumen, Schlaflosigkeit, sogenannten Flashbacks, Panikattacken, Depressionen, Schuld- und Versagensgefühlen. Sie sind sucht- und selbstmordgefährdet und leiden unter psychosomatischen Störungen. Trotz professioneller



innen des Gymnasiums Vogelsang bemühen sich darum, ihre Schule für bundeswehrfrei zu erklären. Das heißt, an dieser Schule sind die Werber der Bundeswehr unerwünscht. Dort ist niemand an einer Berufsausbildung interessiert, an die auch Tod und Zerstörung geknüpft sind.

Bevor Du Dich entscheidest und Dich bewirbst, sieh nochmal kritisch hin!

Einen krisensicheren Job und Aufstiegsmöglichkeiten können Dir die Streitkräfte der Bundeswehr mit Sicherheit garantieren: Krisengebiete gibt es überall auf der Welt und mit Waffengewalt, das hat sich längst gezeigt, werden Krisen nicht gelöst.

Ist das wirklich mit „Sicherheit“ ein guter Weg für Dich?

*Solinger Appell — Forum
gegen Krieg und Rassismus
und UnterstützerInnen*

*Kontakt: solinger-appell@
operamail.com
V.i.S.d.P.: T. Wendt,
Café Courage,
Klemens-Horn-Str. 3,
42655 Solingen*

therapeutischer Hilfe finden viele nicht mehr zurück in ein normales Leben, Familien und Beziehungen zerbrechen häufig daran und vertiefen die Gefühle der Entfremdung und Angst.

Ihre zivilberufliche Ausbildung, ihre finanzielle Abfindung nach Ablauf ihrer Verpflichtungszeit und die Berufsförderung „für einen erfolgreichen Start in einen zivilen Beruf“ hat für sie keine Bedeutung mehr. Die Schüler und Schüler-



STIMMUNGSBILDER VON SOLINGER FRAUEN:

20 Jahre nach dem Brandanschlag — hat sich seit dem etwas verändert?

Selvi: (42) 1970 in Solingen geboren.

„Ich war zum Zeitpunkt des Brandanschlages im Urlaub in der Türkei und war froh nicht in Solingen zu sein. Ich bemerke, dass die Ausländerfeindlichkeit seit dem zugenommen hat. Ich trage kein Kopftuch und kann den Unterschied zu den Frauen feststellen, die eins tragen. Ohne Kopftuch wird man eher akzeptiert.“

Semiaa: (41) 1971 in Solingen geboren.

„Ich war zu dem Zeitpunkt des Brandanschlages 21 Jahre alt. Ich habe Solingen erlebt, als ob wir im Krieg wären. Meine Familie in der Türkei hat große Panik gehabt und ständig angerufen und gefragt, wie es uns geht. In der Türkei gab es Gerüchte, dass die Türken so enden werden wie die Juden. Ich finde, seit dem Brandanschlag gibt es deutliche Verschlechterungen und in den letzten Jahren extrem.“

Hosnazi: (39) lebt seit 1975 in Solingen.

„Ich bin seit meinem 2. Lebensjahr in Solingen. Ich bin hier aufgewachsen. Ich war 19 als der Brandanschlag passierte. Bis dahin hatte ich wirklich gedacht, es gäbe keine Nazis in Solingen. Auch meine Familie war schockiert. Seit dem ist der Alltag schwieriger geworden. Heute bekomme ich es überall zu spüren: in der Arbeit, auf den Ämtern, auf der Straße. Und meine Kinder, die hier geboren sind, kriegen es auch zu spüren. Ausgrenzung ist Alltag geworden. Das hätte ich vor 20 Jahren nicht für möglich gehalten. Nicht in Solingen.“

Seyhan: (32) 1980 in der Türkei geboren.

„Ich bin seit meiner Heirat vor 10 Jahren in Solingen. Ich bin Hausfrau und nur mit meinen Landsleuten zusammen. Ich sehe keine Veränderung seit dem Brandanschlag für Türken. Nicht in Solingen und nicht in Deutschland.“



Hatici: (47) 1965 in der Türkei geboren.

„Ich lebe seit 25 Jahren in Solingen. Ich erlebe deutliche Verschlechterungen in allen alltäglichen Lebensbereichen.“

Zeliah: (33) 1979 in der Türkei geboren.

„Ich lebe seit 15 Jahren in Solingen. Ich fühle mich hier wie ein 2.-Klasse-Mensch. Ich habe oft gehört, dass seit dem Brandanschlag alles schwieriger geworden ist.“

Niluser: (35) 1977 in der Türkei geboren.

„Ich lebe seit 15 Jahren in Solingen. Mein Mann ist seit seiner Kindheit hier. Mein Mann erzählt mir, dass er im Mai ungern in die Arbeit geht, weil seine Kollegen ihn damit aufziehen, dass die Türken jetzt wieder im Mittelpunkt stehen und dass durch die Gedenkfeiern die Deutschen schlecht gemacht werden. In der Regel hat er ein gutes Arbeitsklima, aber im Mai kommen dann Spannungen auf.“

Eva-Maria: (59)

„Ich habe das in den letzten Jahren nicht so verfolgt. Ich glaube, dass es allen schlechter geht. Vor 20 Jahren war das Leben für alle noch einfacher.“

Kornelia: (45)

„Ich glaube, dass das Klima für Ausländer, besonders für Moslems, viel schwieriger geworden ist. Das hat mit der Politik und den Massenmedien zu tun und dem Anschlag am 11. September in den USA. Ich meine, dass die Türken in Solingen heute noch mehr unter sich bleiben als früher. Ich kann das verstehen.“

Gudrun: (58)

„Ich weiß nicht, was ich dazu sagen soll. Ich bin am Ende des Monats froh, wenn ich noch etwas Geld übrig habe. Und das, obwohl ich arbeiten gehe. Ich mache mir mehr Gedanken über die Zeit, wenn ich in Rente bin.“

Susanne Pedain





RBN ERHÄLT DEN IDEENPREIS „DER HEINRICH“

Samstag 9:30 Uhr, schwere Wolken kündigen einen nassen Herbsttag an. Ein Wetter, das jeden verlockt, das Frühstück bis in den Mittag zu verlängern und das Haus möglichst nicht zu verlassen. Einige werfen sich jedoch in ihre Arbeitsklamotten, schnüren ihre Stiefel fest und machen sich auf den Weg zu einem Treffpunkt an einer Wiese in Gräfrath. In den nächsten Stunden werden ein halbes Dutzend Naturschützer zentrierweise geschnittenes Gras, Brombeerranken und Schilf von der Wiese zerren, zu riesigen Haufen aufschichten und nebenbei einem Tümpel sein Wasser zurückgeben, bevor sie, inzwischen völlig durchnässt, von einer guten Seele mit Kaffee und Brötchen beglückt werden. Dann stehen sie zusammen, Mitglieder und Freunde des Bergischen Naturschutzvereins, essen, trinken und witzeln übers Wetter, das inzwischen in heftigen Dauerregen übergegangen ist. Ehrenamtliche Naturschutzarbeit ist manchmal eine Art Extremsport.

Es ist der erste Arbeitseinsatz nach der Preisverleihung an den RBN. Der Initiativpreis „Heinrich der VIII.“ wurde in diesem Jahr von der Heinrich-Böll-Stiftung an die Ortsgruppe des RBN in Solingen vergeben. Die Stiftung honorierte damit das Engagement des Vereins und seiner Freunde, die seit 1979 an vielen Samstagen im Jahr irgendwo in Solingen Kopfweiden schneiden, Wiesen mähen, Heideflächen ablaggen, Stauschwellen bauen, mit Kindergruppen die Natur erleben, Obstbäume pflegen oder Tümpel graben. Und das alles bei fast jedem Wetter. Viele Mitglieder und Freunde haben in über 30 Jahren mitgearbeitet und gefeiert, bevor sie sich durch Studium, Familie oder Beruf in der Republik verloren. Immer sind aber auch neue MitstreiterInnen dazugekommen und haben die Arbeit erfolgreich fortgesetzt. Einige von ihnen sind anlässlich der Preisverleihung zusammengekommen und haben die Anerkennung sichtlich genossen. Über die Jahre hat der Solinger RBN nicht nur Erde, Holz und Grünzeug bewegt. Die Arbeit umfasst immer auch die Zusammenarbeit mit anderen Naturschutzverbänden, die Organisation von Exkursionen und politische Arbeit. Einiges war sicherlich für die Katz, aber ohne das Engagement des RBN würden die Ohligser Heide und viele andere Naturflächen heute völlig anders aussehen und längst nicht die heutige Vielfalt aufweisen. Denn eine Kulturlandschaft benötigt Pflege, sonst geht sie verloren. Die Pflege macht Arbeit und das nicht zu knapp. Schön, dass der Einsatz der letzten Jahrzehnte durch einen Preis gewürdigt wurde, das Wetter an diesem Samstag hat sich dadurch aber leider nicht beeindrucken lassen.

Durchgeschwitzt und vom Regen nass bis auf die Haut, die Schuhe schwer von Lehm und



die Knochen müde, zählt an diesem Samstag zunächst nur eine heiße Dusche. Das Gefühl der Zufriedenheit stellt sich ein.

Danke an alle, die mitgeholfen haben und noch mithelfen werden.

S.J.



Über 30 Jahre in der Natur Aktiv
Bergischer Naturschutzverein e.V.
OV Solingen, rbn@rbn-solingen.de
www.rbn-solingen.de



WIR WOLLEN EINE SCHULE OHNE RASSISMUS SEIN!

Seit Beginn des Schuljahres 2011/2012 gibt es an unserer Schule, dem Mildred-Scheel-Berufskolleg, eine Schule ohne Rassismus AG, die sich dafür einsetzt das Alltagsbewusstsein aufzurütteln und Rassismus in Gedanken und Äußerungen aufzudecken, die sich dafür einsetzt, dass die Werte der Schule, die von allen Schülern unterschrieben wurden, eingehalten werden und darüber hinaus auch im privaten Leben Toleranz und Gleichheit großgeschrieben werden.

In unserem Lern- und Lebensort, der die Schule 6 Stunden am Tag für jeden von uns ist, ist kein Platz für nationalistische, rassistische und faschistische Äußerungen.

Wir müssen solidarisch zusammenstehen und einschreiten sobald fragwürdige Aussagen oder gar Taten sichtbar werden. Es liegt in unserer aller Verantwortung aufmerksam und beherzt durch diese Schule zu schreiten und jeden der hier lernt und lebt mit denselben Augen anzusehen.

Aus diesen Gründen gibt es diese Arbeitsgruppe, aus diesem Grund sind wir derzeit daran einen Dokumentarfilm mit Unterstützung eines professionellen Regisseurs zu diesem Thema zu drehen. Um zu zeigen wie unser Alltag häufig getränkt ist von unaufgeklärtem Rassismus und Ethnozentrismus, um den Schülern eine Stimme gegen die Diskriminierung und für Toleranz und Verständnis zu geben. Für dieses Projekt werden wir von der Ashoka Jugendinitiative „Youth Changemaker“ mit 800 Euro subventioniert. Ein klares Zeichen dafür, dass die Öffentlichkeit unsere Bemühungen ernst nimmt.

Jedoch kann unser Vorhaben nur mit eurer Unterstützung gelingen!

Unsere AG heißt jeden willkommen der sich einsetzen will, wir geben euch den Raum für Engagement.

Unser Ziel ist es unter die Schirmherrschaft des bundesweiten Projekts „Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage“ zu kommen.

Hierfür benötigen wir Unterschriften von 70% der an der Schule Beschäftigten und Schülern.

Nur gemeinsam sind wir stark!

Daniel Börsch

SCHULE

OHNE RASSISMUS

SCHULE

MIT COURAGE



AUSGEWÄHLTE KURZMELDUNGEN

VERFLECHUNG VON STAAT UND RECHTSEX-TREMISMUS

Im ehemaligen Neonazi-Netzwerk „**Thüringer Heimatschutz**“ sollen über die Jahre hinweg rund 40 der bis zu 140 Mitglieder Informanten von Nachrichtendiensten gewesen sein. Dies ergibt sich nach einem Bericht der Erfurter „Thüringer Allgemeinen“ aus internen Berechnungen der Untersuchungsausschüsse von Bundestag und Landtagen, die sich mit der Terrorzelle NSU beschäftigen. Auch die mutmaßlichen NSU-Terroristen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe zählten über die Jenaer „Kameradschaft“ zum „Heimatschutz“.
www.welt.de › Politik › Deutschland 4. Sept. 2012

Im gescheiterten **NPD-Verbotsverfahren** erklärten die Antragssteller (Bundestag, -Rat und -Regierung) vor dem Bundesverfassungsgericht, dass von den 200 führenden NPD-Funktionären in Deutschland 30 vom Verfassungsschutz angeheuerte V-Leute sind. Das bedeutet, dass jede siebte Führungsfigur dieser Partei auf der Gehaltsliste des Verfassungsschutzes steht! Der Verfassungsschutz bemühe sich grundsätzlich, ein bis zwei, maximal drei V-Leute in jedem Vorstandsgremium der NPD zu haben.
<http://wsws.org/de/2002/okt2002/npd-012.shtml>

Am 20. Juli nahm die Berliner Polizei bei einer Razzia gegen die Naziband „**White Aryan Rebels**“ deren Vertriebschef Toni Stadler aus Cottbus fest. Die Band ist Teil der illegalen neonazistischen Musikszene und besitzt dort Kultstatus. Unter anderem ruft sie zum Mord am brandenburgischen Generalstaatsanwalt Rautenberg, an Talkmaster Alfred Biolek und am Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden Michel Friedmann auf. Nur kurz nach der Festnahme stellte sich heraus, dass Stadler seit langem V-Mann des Brandenburger Verfassungsschutzes war. Toni Stadler ist keineswegs ein kleiner Fisch. Nach Angaben der Berliner Staatsanwaltschaft gehört er zu Deutschlands größten Dealern von Nazimusik.
<http://wsws.org/de/2002/okt2002/npd-012.shtml>

INTERNATIONALES

Westafrika: Industrielle Fischerei ruiniert die Fischbestände

Umwelt- und Entwicklungsorganisationen protestieren scharf gegen die Ausbeutung der westafrikanischen Küstengewässer durch die deutsche bzw. europäische Fischereiindustrie. Hintergrund ist die desolate Lage der einheimischen Kleinfischer, die mit der modernen, die Fischbestände Westafrikas dezimierenden EU-Konkurrenz nicht mithalten können und bei der immer prekäreren Sicherung ihres Lebensunterhaltes zu teils lebensgefährlichen Manövern gezwungen werden. Zu den Unternehmen, die, gestützt nicht zuletzt auf Millionensubventionen aus dem EU-Haushalt, mit industrieller Fischerei vor Westafrika immense Profite erzielen, gehören auch deutsche Unternehmen. Berlin federt die Fang-Aktivitäten deutsch-europäischer Firmen durch Maßnahmen der sogenannten Entwicklungspolitik ab.

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58414>



Saudi-Arabien: Die Leopard-Familie

Anlässlich des internationalen Antikriegstags am 1. September kündigten die Friedensinitiativen energische Proteste gegen das Rüstungsunternehmen Krauss-Maffei Wegmann (KMW) an. Unmut ruft vor allen Dingen die erklärte Absicht des Konzerns hervor, insgesamt bis zu 1.000 Kampfpanzer vom Typ Leopard 2 A7+ an Saudi-Arabien und Qatar zu liefern. Die Kriegsmaschinen wurden speziell für Militäroperationen in städtischen Gebieten entwickelt, was

Befürchtungen nährt, sie könnten bei der Aufstandsbekämpfung und bei interner Repression zum Einsatz kommen. KMW bezeichnet sich als „Synonym für weltweit führende Technologien rund um geschützte Rad- und Kettenfahrzeuge“ und verweist auf seine „traditionsreiche“ Geschichte.

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58413>

Syrien: The Day After

Nach der öffentlichen Präsentation einer Neuordnungs-Konzeption für Syrien kündigen deutsche Regierungsberater erste Schritte zu ihrer Verwirklichung an. Die Konzeption, die am gestrigen Dienstag unter dem Titel „The Day After“ in Berlin vorgelegt worden ist, steckt den Rahmen für die künftige Staatlichkeit Syriens ab. Sie ist unter maßgeblichem Einfluss westlicher, insbesondere US-amerikanischer Experten und Institutionen erstellt worden. In einem nächsten Schritt wird jetzt ein Büro in Istanbul eröffnet, das die Umsetzung der Konzeption in Sachen Repressions- und Rechtssystem beaufsichtigen soll. Wie jüngst eine Sprecherin des US-Außenministeriums bestätigt hat, sind inzwischen Oppositionsaktivisten in Syrien unterwegs, die in Istanbul von amerikanischen und britischen Stellen trainiert wurden, um als „Untergrundnetzwerk“ zunächst subversiv zu wirken und baldmöglichst die Kontrolle über syrische Dörfer und Städte zu übernehmen. Die Rede ist von der „nächsten regierenden Klasse“ Syriens.

<http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58411>

Syrien: Verdeckte Kriegspartei

Mit ihren Syrien-Aktivitäten beteiligt sich die deutsche Auslandsspionage zum wiederholten Male verdeckt an einem Krieg in der arabischen Welt. Wie am Wochenende bekannt geworden ist, hören Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes (BND) auf dem türkischen NATO-Stützpunkt Adana Telefon und Funk in Syrien ab; ihre Erkenntnisse teilen sie — wie üblich — ihren westlichen Partnerdiensten mit, die auf der Seite der Aufständischen den Bürgerkrieg aktiv vorantreiben. Bereits im Irak-Krieg des Jahres 2003 hatten deutsche Geheimagenten mit ihren exklusiven Lageberichten aus Bagdad die Kriegführung des Westens verdeckt unterstützt. Bekämen die Aufständischen in Syrien die Spionage-

resultate des BND in die Hände — womöglich über Partnerdienste der deutschen Auslandsespionage —, dann wäre dies „ein völkerrechtswidriger Eingriff in einen Bürgerkrieg“, warnt die Oppositionsabgeordnete Sevim Dagdelen (Die Linke). <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58404>

Ungarn: Der nationale Schulterchluss

Der Regierungschef des eng mit Berlin kooperierenden EU-Mitglieds Ungarn spekuliert über ein Ende der Demokratie. Er hoffe, „dass wir uns nicht anstelle der Demokratie andere politische Systeme ausdenken müssen“, erklärt Ministerpräsident Viktor Orbán. Dies könne allerdings „im Interesse des wirtschaftlichen Überlebens“ nötig werden. Die Äußerungen, die bereits Ende Juli anlässlich eines Treffens des ungarischen Landesverbandes der Arbeitnehmer und Arbeitgeber getätigt wurden, begleiten fortdauernde antisemitische Exzesse und Übergriffe gegen Roma in Ungarn; extrem-rechte Verbände werden begünstigt. Tatsächlich setzen deutsche Stellen ihre enge Zusammenarbeit mit Ungarn fort. <http://www.german-foreign-policy.com/de/fulltext/58406>

Deutsche Rüstungsexporte steigen

Deutschland hat im Jahr 2010 mit dem Export von Waffen und Rüstungsgütern so viel Geld eingenommen wie noch nie. Das geht dem SPIEGEL zufolge aus dem Rüstungsexportbericht hervor, den das Bundeskabinett verabschieden will. Den Wert der tatsächlich ausgeführten Kriegsgüter beziffert der Bericht auf rund zwei Milliarden Euro, eine Steigerung um knapp 50 Prozent. Im Vorjahr waren es noch 1,34 Milliarden Euro. Dabei handelt es sich vor allem um hochwertige Rüstungsgüter wie U-Boote, Kriegsschiffe und Panzer. (Spiegel online 26.11.2011)

Deutsche Rüstungsexporte nach Griechenland ...

fallen nicht unter Sparauflagen? Peter Hintze, Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Technologie: Frau Präsidentin! Herr Kollege Ströbele, die Bundesregierung berichtet in dem am 7. Dezember veröffentlichten Rüstungsexportbericht über die im Jahre 2010 erteilten Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern nach Griechenland. Im Jahr 2010 wurden 103 Ausfuhrgenehmigungen erteilt, die Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter im Gesamtwert von 35 799 664 Euro betrafen. (...) Ich habe ausgeführt, dass sich die Sparanstrengungen auf den gesamten griechischen Haushalt beziehen. Mir ist nicht bekannt, dass es eine Bemühung speziell zu dem von Ihnen angesprochenen Sektor gibt. (15.12.2011: Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage von Hans-Christian Ströbele zum deutschen Rüstungsexport nach Griechenland in Zeiten der Schuldenkrise.)

Spekulation mit Nahrungsmitteln

Die Börsenspekulation auf Grundnahrungsmittel wie Reis oder Mais führt zu Preisexplosionen und führt bei den 2,2 Milliarden Menschen, die laut Weltbank „extrem arm“ sind, zu Vernichtung, weil die sich das Essen nicht mehr leisten können. Futures, Leerverkäufe und andere Börseninstrumente sind zwar legal, es ist dennoch ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Jean Ziegler in der Süddeutschen Zeitung vom 21.09.12

Geschäfte mit dem Hunger

Die Hypovereinsbank, Deutsche Bank sowie die Zentralbank der Volksbanken (DZ-Bank) bieten Wetten auf Nahrungsmittel-Preisentwicklungen an. Die Deutsche Bank wirbt über Agrar- und Landfonds für die Beteiligung am „Land Grabbing“, der Aneignung von Ackerland in Regionen, in denen Menschen unter Hunger leiden. (www.bankenwechsel-jetzt.de)

Mehr für Banken, weniger gegen Hunger.

Der Bankenbanditismus, der 2008 und 2009 insgesamt 85 Billionen vernichtet hat, hat zu einer perversen Situation geführt: Die Herrschaftsstaaten des Westens haben Milliarden und Milliarden in die Banken investieren müssen, um sie zu retten. Gleichzeitig haben sie ihre Beiträge für das WFP gekürzt oder gar gestrichen. Das ist das Welternährungsprogramm (...) Das WFP hatte 2008 ein Budget von sechs Milliarden Dollar, heute sind es 2,8 Milliarden Dollar - wegen der Bankenrettung.

Jean Ziegler in der Süddeutschen Zeitung vom 21.09.12



Solinger Appell – Forum gegen Krieg und Rassismus

Wir beschäftigen uns mit den Themen Rassismus, Neonazismus, Neues Zuwanderungsgesetz, Auswirkungen von Hartz IV auf MigrantInnen, Nationalismus, Militarisierung, Stolpersteine, Aufrüstung der Bundeswehr und Einschränkung der Bürgerrechte.

Kontakt: c/o Café Courage, Klemens-Horn-Straße 3 42655 Solingen
solinger-appell@operamail.com Treffen alle 14 Tage donnerstags um 20h im Café Courage



ARMUT UND SOZIALES

Sparkassen verpflichten sich zum Bürgerkonto

Mit einer veröffentlichten Erklärung der deutschen Sparkassen zum Bürgerkonto verpflichten sich die 423 Sparkassen in Deutschland, ab Oktober jeder Privatperson in ihrem Geschäftsgebiet ein Guthabenkonto - sprich: Bürgerkonto - einzurichten. Mit dem Bürgerkonto können Kunden am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilnehmen, ohne sich dabei zu verschulden.

Dabei bezahlen sie keine höheren Entgelte als bei einem vergleichbaren Konto mit Überziehungsmöglichkeit.

http://www.dsgv.de/de/presse/pressemitteilung/120926_PM_Buergerkonto_97.html

ALG-II-Empfänger sollten sich überlegen, welche Zeitung sie kaufen

Im Mantel der Solinger Morgenpost erschien am 27.09.2012 ein Kommentar des für Innenpolitik verantwortlichen Redakteur der Rheinischen Post, in dem die Kunden von Jobcentern pauschal als „Bodensatz an frustrierten, pöbelnden, alkohol- und drogensüchtigen Besuchern“ beschrieben wurden.

Leiharbeit abschaffen

Über 800.000 Menschen schufteten nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit in 2011 in Leiharbeitsfirmen. Da hier die Beschäftigungsdauer sehr kurz und die Fluktuation hoch ist, arbeiten viel mehr Menschen in solchen Zeitarbeitsverhältnissen. Leiharbeiter verdienen im Schnitt 30 bis 50 Prozent weniger als ihre Kollegen im Entleihbetrieb. Mehr als die Hälfte aller beendeten Zeitarbeitsverhältnisse dauert weniger als drei Monate. Viele LeiharbeiterInnen werden um Lohn und Urlaub betrogen, indem dieser mit der entleihfreien Zeit verrechnet wird.

(leiharbeit@fau.org)

Die reichsten Deutschen haben trotz Euro-Krise 4 Prozent mehr

Der Besitz der reichsten hundert Deutschen stieg im Vergleich zum Vorjahr um gut vier Prozent auf 319,85 Milliarden Euro. Die Zahl der Familien oder Einzelpersonen mit einem Vermögen von mindestens einer Milliarden Euro erreichte mit 115 einen Höchstwert. (Rangliste des Manager Magazins)

Regelbedarfsstufen-Fortschreibungsverordnung 2013

Die Bundesregierung zementiert die Existenzsicherung auf unterstem Niveau mit einer Regelbedarfserhöhung von 8 EUR für den Eckregelsatz im nächsten Jahr. Die Regelbedarfserhöhung kompensiert noch nicht mal die Preissteigerung der Haushaltsenergie im Jahr 2012. Das Kalkül ist genauso klar wie offensichtlich: durch

chronische Unterfinanzierung die Leistungsbezieher in den Niedrigstlohn zu hungern. Ein Zustand, der solange bleiben wird, wie die Betroffenen und die interessierte Öffentlichkeit nicht auf die Straße geht.

Hier nun zur Verordnung: http://www.harald-thome.de/media/files/RS_K_4270_Fortschreibungsverordnung_2013_Anlage.pdf

Massive Kürzungen im Bereich der Eingliederungsleistungen im SGB II/SGB III geplant

Trotz zunehmender Krisentendenzen am Arbeitsmarkt will die Bundesregierung im Bundeshaushalt 2013 weitere Kürzungen in der aktiven Arbeitsmarktpolitik fortführen. Insgesamt will die Regierung im Bereich „Arbeitsmarkt“ (Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik und Sozialleistungen im Bereich Hartz IV) die Ausgaben von 2012 bis 2013 um 8,6 Mrd. Euro auf 31,4 Mrd. Euro senken. Diese neue Kürzungsrunde hat zur Folge, dass die Erwerbslosen oder nicht ausreichend Erwerbenden dauerhaft von Zugängen auf dem Arbeitsmarkt abgekoppelt werden, sie damit zur Dauererwerbslosigkeit oder Tätigkeiten im Niedriglohn verdammt werden. <http://www.bundestag.de/dokumente/tagesordnungen/190.html>

Armutsbericht NRW

Trotzzeitigem Wirtschaftswachstum und sinkender Arbeitslosigkeit steigt die Armut in NRW rasant an. Fast drei Millionen Menschen in NRW sind arm, die soziale Schere geht weiter deutlich auseinander. Minister Schneider führte diese „alarmierenden Zahlen“ vor allem auf die

Ausweitung des Niedriglohnsektors zurück, in dem in NRW derzeit bereits jeder Fünfte arbeite. Armut treffe darüber hinaus vor allem Alleinerziehende, Migranten, Geringqualifizierte, Kinder und Jugendliche. Besonders prekär sei die Situation junger Erwachsener im Alter zwischen 18 und 35 Jahren, bei denen ein überdurchschnittliches Armutsrisiko mit Problemen am Arbeitsmarkt wie etwa der Ausweitung des Niedriglohnbereichs oder befristeter Beschäftigung kumuliere. (Armutsbericht NRW)

Hartz IV: Über die geheimen Netzwerke hinter den Arbeitsmarktreformen

Helga Spindler hat sich in einem bemerkenswerten Artikel über die Hintergründe der Arbeitsmarktreformen und der Hartz-Gesetze auseinandergesetzt: (...) Speziell Hartz IV sowie die verbliebene Restarbeitslosenversicherung und Restsozialhilfe haben wir nicht in erster Linie der Hartz-Kommission oder gar dem Namensgeber Peter Hartz persönlich zu verdanken, sondern einer geheimen Staatsaktion, einer recht undemokratischen, handstreichartigen Hintergrundarbeit aus dem Bundesarbeitsministerium (BMA) und dem Bundeskanzleramt — einverständlich koordiniert und gelenkt durch die Bertelsmann Stiftung. (...)

Der Artikel ist hier zu finden:

<http://www.jungewelt.de/2012/08-16/022.php>

Kontaktadresse:
ZukunftsWelten e.V.
Mühlenteich 5 42653 Solingen
Tel.:0212-59 04 01 FAX:259 25 11



Abzugsfähige Spenden werden erbeten auf das Konto
ZukunftsWelten e.V. Konto 5251269 BLZ 342 500 00 Stadtparkasse Solingen

gruppeninfos

AG Weiße Rose

Geschwister-Scholl-Schule, Querstraße 42

Amnesty international:

Treff jeden 1. Mittwoch im Monat 20h, Café Courage, Kontakt: Tel.: 415 78

Attac: Jeden 1. Freitag im Monat, 19h, Café Courage, Kontakt: solingen@attac.de

Ausländerrechtliche Beratungskommission:

Hilfe für Härtefälle im Ausländerrecht, Kontakt: Helmut Eckermann (Tel.: 415 78) oder Diakonisches Werk, Frau Scott (287 27)

bleiberecht.com: www.bleiberecht.com

Bündnis Cobra: myspace.com/buendniscobra

Bürgerinitiative „Solingen gehört uns“: Kontakt: Gerhard Walsken, Walter-Dodde-Straße 21, Tel.: 81 00 56 oder 2 47 43 80

Café Courage: Klemens-Horn-Straße 3, 42655 SG, Tel.: 27 36 35

Cow Club: www.cowclub.de, Treff jeden Do. 20h Kantine / COBRA, Tel.: 659 86 89

DFG-BK Niederberg/Berg, Land: Beratung für Kriegsdienstverweigerer: Kontakt Hagü Weber, Tel.: 7 48 09

Flüchtlingsberatung: in den Räumen der urgewählten Mitglieder des Integrationsrates, Cobra (Seiteneingang Robert-Klaas-Str.), Kontakt: Tel: 0171/82 02 69

Förderverein Freibad Aufderhöhe: Kontakt: Birgit Everts, Gertrudisstr. 33, Tel.: 5 36 42

Frauenhaus: Tel: 5 45 00

Frauen helfen Frauen: Brühler Str., Tel: 5 54 70

Informationsbüro Nicaragua: Postfach: 10 13 20, 42013 Wuppertal

Initiative „Bau-Stopp der Bayer-Pipeline“: Kontakt: D. Donner, Tel.: 02103/6 50 30

Lesbentelefon: Montag 20 - 22 h, Tel: 0202/44 08 08

Öffentlichkeit gegen Gewalt: Kontakt: Ursel Ullmann, Tel.: 8 05 23

RBN, Bergischer Naturschutzverein: www.rbn-solingen.de; rbn@rbn-solingen.de, Kontakt: Thomas Blos, Tel.: 2 30 97 77

Solinger Appell / Forum gegen Krieg und Rasismus: c/o Café Courage, Kontakt: solinger-appell@operamail.com, Treff: Do. 22.11.2012, 20h, dann 14-tägig

Stiftung W: www.stifung-w.de; mail@stifung-w.de; Postfach 13 06 55, 42033 Wuppertal

tacheles: tacheles-solingen@gmx.de, www.tacheles-solingen.de; c/o Café Courage

Tauschring: Treff jeden 2. Montag im Monat (außer Sommerferien und Dez.) 19:30h, Eine-Welt-Laden Methodist. Kirche, Friedrichsstr. 39

Türkischer Volksverein: Mehrgenerationenhaus, Mercimek-Platz 1 (Früher Van-Meenen-Straße 1)

Unterstützerkreis Stolpersteine: c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA): www.solingen.vvn-bda.de, c/o Café Courage, Kontakt: Hans-Günter Koch, Tel. 31 81 30

ZukunftsWelten e.V.: Kontakt: Familie Thom; Mohrenkamp 20, 42653 Solingen, Tel.: 59 07 96